



Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Lehrkräftegewinnung durch umfassende Strategie zukunftsfähig aufstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist die Lehrkräftegewinnung die große bildungspolitische Herausforderung in den kommenden Jahren. Viele Lehrkräfte aus den geburtenstarken Jahrgängen gehen in den Ruhestand, während die Schülerzahlen sukzessive und deutlich stärker als prognostiziert ansteigen.

Der Landtag begrüßt, dass bereits in der letzten Legislaturperiode umfangreiche Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs sowie zur Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte ergriffen wurden. So wurden u.a. zusätzliche Ausbildungsplätze für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst geschaffen, Weiterbildungsstudiengänge und eine abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppe Lehrkräftegewinnung im Bildungsministerium eingerichtet.

Mit dem einstimmigen Beschluss des Antrages „Allianz für Lehrkräftebildung“ (Drucksache 19/3566) vom 27.01.2022 hat der Landtag der Landesregierung darüber hinaus Punkte mitgegeben, die bei der Lehrkräftegewinnung berücksichtigt werden sollen.

Daran anknüpfend bittet der Landtag die Landesregierung, aufbauend auf den Empfehlungen der Allianz für Lehrkräftebildung und der Ständigen Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz im 2. Quartal 2023 einen Handlungsplan zur Lehrkräftegewinnung vorzustellen, mit dem eine langfristige, tragfähige Personalversorgung sichergestellt werden kann.

Der Handlungsplan soll u.a. folgende Aspekte berücksichtigen:

- Maßnahmen zur Erhöhung des Studienerfolges in der ersten Phase der Lehrkräftebildung,
- Flexibilisierungen in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung insbesondere für die Gewinnung von Lehrkräften für die Gemeinschaftsschulen,
- Vorschläge von Maßnahmen zur Erleichterung des Lehramtswechsels, sowie für die Anpassungen der Regelungen für die Inanspruchnahme von Teilzeit und von Sabbaticals,
- Reflexion der Erfahrungen von Praxisphasen der Studierenden im Praxissemester und insbesondere im Rahmen des Programms „Aufholen nach Corona“, um damit eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis zu erreichen,
- Entwicklung und Ausweitung von Qualifizierungsmaßnahmen für die derzeit in den Schulen eingesetzten nicht als Lehrkräfte ausgebildeten Personengruppen.

Martin Balasus
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion